POTSDAMER AUSSENPOLITISCHER DIALOG 2019

Zwischen Kooperation und Konkurrenz

Europa und Asien im 21. Jahrhundert

In der Diskussion um eine neue Weltordnung kommt dem Raum zwischen Lissabon und Wladiwostok eine besondere Bedeutung zu. Als „eurasischer Raum" steht er heute im Fokus sowohl unterschiedlicher Akteure der globalen Politik als auch der strategischen Debatten in den verschiedenen Ländern.

Von **Hubert Thielicke**

Die jüngsten Aktivitäten Chinas hinsichtlich einer „neuen Seidenstraße" (Belt and Road Initiative – BRI) und die auf Initiative Kasachstans und Russlands gegründete Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) sind prominente Beispiele des wirtschaftlichen und auch politischen Ringens um diesen Raum. Angesichts der wirtschaftlichen und institutionellen Dynamiken einerseits und der politisch-militärischen Differenzen andererseits haben die Entwicklungen im eurasischen Raum einen erheblichen Einfluss auf die globale internationale Lage und sind damit friedenspolitisch von größter Bedeutung. Den widerspruchsvollen Entwicklungen im eurasischen Raum widmete sich Anfang November der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg und dem WeltTrends-Institut für Internationale Politik (IIP) organisierte Potsdamer Außenpolitische Dialog 2019. Die traditionsreiche außenpolitische Fachtagung findet seit zwei Jahrzehnten in der brandenburgischen Landeshauptstadt statt. Experten aus Deutschland und Staaten der Region diskutierten solche Fragen wie: Welche Konzepte und Strategien werden von wichtigen Akteuren verfolgt? Wie steht es um die institutionellen und informellen Strukturen? Welche Rolle spielt Deutschland in Eurasien?

Konzepte und Strategien

Raimund Krämer, Mitglied des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg und Chefredakteur der außenpolitischen Zeitschrift WeltTrends, betonte bei der Eröffnung, dass die Tagung mit viel Ökonomischem verbunden sei, was für eine marxistisch denkende Linke natürlich selbstverständlich wäre. Jedoch sollte nicht vergessen werden, dass es hier um einen zutiefst

Fotos: Daniel Klaucke, Potsdam

Im ersten Panel wurden Konzepte und Strategien diskutiert: Moderator Norbert Hagemann, MdEP Helmut Scholz Peter Linke (v.l.)

politischen Prozess gehe. Im Kern wäre ein zentraler Prozess der Neuordnung der internationalen Beziehungen zu diskutieren. Wenn es dabei in Richtung Multipolarität gehe, was heute sichtbar auf der Hand liege, so sei damit nicht automatisch die Friedensfrage gelöst. Im Gegenteil, der Abstieg von hegemonialen Mächten und der damit verbundene Aufstieg neuer Machte, so erinnerte der Historiker Leopold von Ranke, war stets mit bewaffneten Konflikten verknüpft. Und das Konfliktpotenzial in diesem Raum sei erheblich.

Die Lage in Eurasien werde vor allem von China, Russland und der Europäischen Union bestimmt, betonte Helmut Scholz (MdEP, DIE LINKE) zu Beginn des ersten Panels. Allerdings habe die EU keine wirkliche eurasische Strategie, sondern verfolge nur eine angepasste Politik, die im Grunde auf Freihandelsabkommen mit einzelnen Staaten hinauslaufe. Auch ihre neue Zentralasien-Strategie sei eigentlich nur Stückwerk. Wenn sie jedoch als ernster Akteur auftreten wolle, müsse die EU eine einheitliche Strategie entwickeln. Entscheidend sei die Frage, wer die Regeln bestimme. Allein auf den „Export westlicher Werte" zu setzen, werde nicht reichen, die Interessen aller Seiten müssten berücksichtigt werden, wobei China und Russland mit ihren Integrationsmodellen bereits weit fortgeschritten seien. Von außen wirken die USA auf den Raum ein. Bei ihnen spiele das von Zbigniew Brzezinski entwickelte Konzept von Eurasien als „Schachbrett" der Weltpolitik nach wie vor eine große Rolle. Donald Trumps „America first" laufe im Grunde darauf hinaus, den wirtschaftlichen Niedergang der USA aufzuhalten, China zurückzudrängen und auf einer eigenen Vormachtstellung zu beharren.

Für Russland stehe die Integration im Rahmen der Eurasischen Wirtschaftsunion im Vordergrund, ein Konzept, das auf eine 1994 in Moskau vom damaligen Präsidenten Kasachstans, Nursultan Nasarbajew, geäußerte Idee zurückgehe, meinte Peter Linke (derzeit Almaty). Heute gehören dem Integrationsprojekt neben den Gründungsmitgliedern Belarus, Kasachstan und Russland weiterhin Armenien und Kirgistan an. Abkommen über Freihandel wurden bisher mit Vietnam, Singapur und Serbien geschlossenes, wie auch ein Interimsabkommen mit Iran. Praktisch handele es sich dabei um eine „neue russische Ostpolitik", die von dem Gedanken bestimmt würde, dass Russland weder Ost noch West sei, sondern eine „hybride Mentalität" besitze, „transkontinental" sei. Die eurasische Idee spielte schon seit langem eine wichtige Rolle im russischen Denken und gewinne heute immer mehr an Bedeutung. In der anschließenden Diskussion kritisierte der Russland-Experte Alexander Rahr (IIP), dass die Eurasien-Diskussion im Westen nicht genügend ernst genommen würde. Oft höre man den Einwand „Russland und China können doch gar nicht miteinander". Gerade die jüngste Tagung des „Waldai-Klubs" habe aber gezeigt, dass die Idee eines „Groß-Eurasiens" immer mehr Anklang finde. Es gehe eben um einen gigantischen Wirtschaftsraum.

Chen Yuangying

Das Konzept „Wirtschaftsgürtel Neue Seidenstraße" wurde vom chinesischen Präsidenten Xi Jinping 2013 in Kasachstan verkündet, als ein friedliches, offenes und integratives Vorhaben, so Chen Zhuangying (Shanghai International Studies University). Es ginge um Investitionen von mehr als 100 Milliarden US-Dollar, vor allem

Bulat Sultanow

in die Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur. Der Hintergrund dafür sei:

- China verfüge über beträchtliche Überkapazitäten bei Produktion und Devisen, die genutzt werden sollen.
- Es bestehe großer Bedarf an Öl-, Gas- und Mineralressourcen, für die Importwege gebraucht werden.
- Chinas Produktionskapazitäten konzentrieren sich in den Küstengebieten, seien bei militärischen Konflikten in Gefahr, angegriffen zu werden.
- Zu den Nachbarländern bestünden gute Beziehungen, sie wollten von Chinas Aufschwung profitieren.

Auch in Europa stoße das chinesische Projekt zunehmend auf Interesse, wovon das „17+1"-Kooperationsformat, aber auch die mit Italien, Luxemburg und der Schweiz geschlossenen Vereinbarungen zeugten. Insgesamt lege China Wert auf ein pragmatisches Herangehen, die sogenannten westlichen Werte hätten für Asien, wo es traditionell um das Kollektive ginge, wenig Bedeutung. So hätte es eben in Zentralasien bisher nie eine demokratische Tradition gegeben.

Institutionelle und informelle Strukturen

Mit dem Übergang von der unipolaren zur multipolaren Weltordnung geht im eurasischen Raum eine Machtverschiebung von West nach Ost einher, Strukturen müssen sich anpassen, neue entstehen – das verdeutlichte die Diskussion im zweiten Panel. Auf die Lage im eurasischen Raum und vor allem Zentralasien ging Bulat Sultanow (Deutsch-Kasachische Universität, Almaty) ein. Zentralasien befinde sich im Epizentrum eines Dreiecks zwischen Russland, China und der islamischen Welt. Ein schwieriges Problem sei das Anwachsen radikaler religiöser Bewegungen in der Region und Nachbarländern – Afghanistan, Iran, Pakistan, Türkei. Grundfaktoren einer möglichen Destabilisierung der Situation in Zentralasien wären vor allem,

- dass der Prozess der gesellschaftspolitischen und sozial-ökonomischen Umgestaltung der Länder der Region noch nicht vollendet ist und
- dass ihre politischen Eliten nicht an einer innerregionalen Integration interessiert sind.

Infolgedessen sind in den Ländern Zentralasiens folgende Prozesse zu beobachten:

- ein Wachstum der sozialen Polarisierung;

Der dritte Panel beschäftigte sich mit der Rolle Deutschlands in Eurasien: Moderatorin Anne Klinnert, Tomasz Morozowski und Lutz Kleinwächter (v.r.)

- die Senkung des Lebensniveaus der Masse der Bevölkerung
- ein Anwachsen der sozialpolitischen Spannungen.

So verfüge in Kasachstan eine winzige Gruppe von Oligarchen über riesige nationale Ressourcen. Für Kasachstan seien Russland und China die wichtigsten außenpolitischen Richtungen. Vorrangige Bedeutung hätten die EAWU und das chinesische BRI-Projekt. Immerhin gehe es bei der Eurasischen Wirtschaftsunion um einen Markt von bisher 183 Millionen Menschen. Für das chinesische Projekt ist Kasachstan ein außerordentlich wichtiger Verkehrsknotenpunkt, der den Norden und Süden, den Osten und Westen Eurasiens verbindet. Bei dem von Präsident Putin angeregten Projekt „Großer Eurasischen Raum" stehe die Zusammenführung der Potenziale der EAWU, der BRI, der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), der ASEAN und der EU im Mittelpunkt, also ein Kooperationsraum vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean. Mit der jüngsten Erweiterung durch Indien und Pakistan stärkte die SOZ ihre Rolle als weltweit größte Regionalorganisation.

Auf Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen dem Aufstieg der USA zur Weltmacht in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts und der weltpolitischen Agenda der VR China im frühen 21. Jahrhunderts verwies Wolfram Wallraf (IIP, Potsdam). Mit China entstehe eine neue Weltmacht, die nicht nur ihre enorme Wirtschafts- und Finanzkraft, ihr politisch-diplomatisches Gewicht und ihre militärische Statur, sondern auch ihre wachsende soft power im Sinne kommunikativer interkultureller Kompetenz und ihrer Vorbildwirkung für Modernisierungserfolg in der Dritten Welt nutze, um multilaterale Netzwerke und internationale Regime aufzubauen. Freier Zugang zum Weltmarkt bedeute für China nicht nur barrierefreie Exporte von Industriegütern, sondern auch die dauerhafte und verlässliche Beseitigung der Hemmnisse für Kommunikationstechnologien und die damit verbundenen Dienstleistungen, für Technologietransfer und Direktinvestitionen. Ebenso wichtig sei es für Beijing, die Verwundbarkeit gegenüber amerikanischen bzw. westlichen Sanktionsmaßnahmen im Finanz- und Währungsbereich abzubauen. Dem wachsenden ordnungspolitischen Einfluss der VR China in globalen und regionalen Zusammenhängen gegenüber stehe der Rückzug der USA aus multilateralen Verbindungen und Verantwortlichkeiten, gepaart mit Ignoranz gegenüber internationalen Normen und Interessenlagen der Partnerstaaten. Während die USA ihr multilaterales Engagement reduzieren, bringe sich China mit eigenen Ideen und Interessen immer stärker ein. Deutschland und die EU stehen mittendrin und müssten dringend eine Antwort darauf finden. Schwierig sei auch, dass die europäischen Vorstellungen über die Gestaltung des strategischen Verhältnisses zu China durch eine eher statische Interpretation von systemischer Konkurrenz geprägt seien, was eine gemeinsame Gestaltung der internationalen Ordnung eigentlich nur als Durchsetzung der eigenen Positionen gegenüber China denkbar mache. Selbst in Deutschland fehle es noch immer an einer wirklich offensiven und konstruktiven Gesamtstrategie gegenüber China, die gleichermaßen von Selbstbewusstsein und Selbstreflexion geprägt wäre. Warum also nicht das Stichwort vom gegenseitigen Lernen auch in ordnungspolitischen Fragen aufnehmen?

Mit Grundfragen westlicher Außenpolitik, insbesondere im Hinblick auf die „Werte-Frage" setzte sich Erhard Crome (IIP) auseinander. Das Bestreben, anderen Regionen und Gesellschaften eigene Werte aufzudrängen gehe auf das messianistische Grundverständnis von Reformatoren wie Luther oder Calvin, aber auch die Aufklärung zurück. Nötig sei ein Paradigmenwechsel: die Rückkehr zur Idee der friedlichen Koexistenz als Grundprinzip der Beziehungen zwischen verschiedenen Staaten und Gesellschaften. Das gelte auch hinsichtlich Chinas. Während US-Präsident Trump nach Dominanz mittels Wirtschaftskrieg strebe, habe Henry Kissinger die Vorteile einer Strategie der Kooperation mit China betont. Was die EU betreffe, so machten informelle Strukturen wie Viségrad-Gruppe, 3-Meere-Initiative oder das „17+1"-Format die Herausbildung einer gemeinsamen Strategie so gut wie unmöglich. Anknüpfend daran verwies Arne Seifert (IIP) in der Diskussion darauf, dass die fünf zentralasiatischen Staaten zwar säkularen Charakter tragen, ihre Zukunft jedoch nicht endgültig geklärt sei. Die „muslimische Renaissance" könnte sich auch hier noch auswirken. Entscheidend wäre, eine Balance zwischen Religion und Säkularismus zu finden.

Deutschland in Eurasien

Einen Blick auf „die deutsch-chinesischen Beziehungen in Zeiten weltpolitischer Turbulenzen" warf Chen Zhuangying im dritten Panel. Während China angesichts hoch entwickelter deutscher Exportgüter ein Handelsdefizit verzeichne, hätten die USA im Handel mit China ein großes Minus. Den von den USA deshalb ausgelösten Handelskrieg sehe China aber nicht nur als Risiko sondern auch als Chance. Ziel sei, 2049 – dem 100. Jahrestag der Gründung der VR China – weltweit Wirtschaftsmacht Nr. 1 zu sein. Deutschland werde als außerordentlich wichtiger Partner angesehen. Es hätte ein eigenes Konzept für die Kooperation mit China und handle pragmatisch. Die Kompetenzen beider Seiten – deutsche Technik und chinesische Kompetenz bei der Infrastruktur – würden sich gut ergänzen.

Die 2012 geschaffene Plattform „16+1“ – 2019 durch den Beitritt Griechenlands zu „17+1“ erweitert – sei ein wesentliches Element von Chinas wirtschaftlicher Offensive in Europa, schätzte Tomasz Morozowski (West-Institut Posen) ein. Ziel sei, die Zusammenarbeit mit den Staaten Mittel- und Osteuropas (MOE) auszuweiten, besonders bei Infrastrukturprojekten. Das Format erinnere aber eher an eine Ansammlung von 17 bilateralen Plattformen als an ein kohärentes mulilaterales Projekt und bleibe bisher hinter den Erwartungen zurück. Besonders Deutschland gehöre innerhalb der EU zu den Kritikern des Formats, das als Instrument gesehen werde, um die Einheit der EU gegenüber China aufzuweichen und die MOE-Staaten von China abhängig zu machen. Das sei jedoch wenig nachvollziehbar, da die meisten Auslandsinvestitionen in der Region nach wie vor aus der EU bzw. den USA kämen. Von den Staaten Westeuropas habe Deutschland die intensivsten Wirtschaftsbeziehungen sowohl zu den MOE-Ländern als auch zu China. Es sei deshalb besonders geeignet, als Koordinator bzw. „Brückenbauer“ aufzutreten, der die Beziehungen im Dreieck EU-MOE-China mitgestaltet und gleichzeitig die Kohärenz der China-Politik der EU verteidigt. Dabei verstärke der Konflikt zwischen China und den USA das chinesische Interesse, gegenüber der EU einen konzilianteren Ton anzuschlagen, um sich deren Unterstützung zu sichern. Auf den kritischen Einwand aus dem Publikum, ob Polen mehr zur NATO oder zur EU neige, verwies Morozowski, auf die Regierungsposition, dass angesichts der „russischen Gefahr“ NATO und pro-amerikanische Orientierung im Vordergrund stehen würden.

Angesichts wachsender Potenziale nehmen auch die Chancen der EU zu, betonte Lutz Kleinwächter (IIP). Die deutsche Diskussion über Interessenbestimmung und Prioritätensetzung laufe, bleibe aber hinter den Erfordernissen zurück; die Wirtschaft sei da weiter als die Politik. Die eigene zivilisatorische Leistung und die Möglichkeiten der Einheit in der Vielfalt werden in der EU oft unterbewertet. Europa sei nun mal die höchst entwickelte Region der Erde. Ein Handlungshemmnis sei jedoch das mangelnde Selbstvertrauen. Bei aller Bewegung in Richtung globaler Multipolarität bleiben die USA eine multidimensionale Großmacht, während China in einer aufholenden Entwicklung begriffen sei und Russland nach anfänglichem Niedergang unter Putin stabilisiert werden konnte. Insgesamt spiele die Wirtschaft die entscheidende Rolle für künftige Entscheidungsmöglichkeiten, wobei die Staatsregulierung erheblich zunehme. Für Deutschland und Kerneuropa ginge es vor allem darum, sich im geostrategischen Dreieck Europa – Asien – USA zu positionieren und insbesondere die Kooperation mit Russland, China und Indien auf dem Doppelkontinent zu verstärken. Das Management der Vielfalt und Andersartigkeit der politischen und ökonomischen Systeme sei Realität und Normalität des 21. Jahrhunderts.

Raimund Krämer dankte im Namen der Veranstalter für die anregende Diskussion. Er erinnerte in seinen Schlussworten an das Völkerrecht, das weiterhin die Basis der Zusammenarbeit und der Lösung von Konflikten sein müsse, wenn ein geregeltes und friedliches Miteinander unterschiedlicher politischere Regime im eurasischen Raum erreicht werden solle. Nur auf dieser Grundlage sei das nötige Vertrauen möglich, das im Verhältnis zwischen Europa und Asien so dringend benötigt werde.

*Dr. **Hubert Thielicke** ist Pressesprecher und Beiratsmitglied der Potsdamer Zeitschrift WeltTrends sowie Senior Research Fellow des WeltTrends-Instituts für internationale Politik. Nach einem Volkswirtschaftsstudium an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg arbeitete er von 1972-1990 im Außenministerium der DDR, 1981-1984 stellvertretender Delegationsleiter auf der Genfer Abrüstungskonferenz und 1985-1990 Referatsleiter in der UNO-Abteilung, danach Pressesprecher eines Wirtschaftsunternehmens. Seit 2006 ist er als Publizist und PR-Berater tätig.*

Anfang 2020 wird ein Teil der Beiträge in einem Konferenzband im Potsdamer Wissenschaftsverlag WeltTrends publiziert.

Welt Trends
Das außenpolitische Journal
bestellung@welttrends.de
shop.welttrends.de
www.welttrends.de